

zogen sofort aus allen sächsischen Schulen und Akademien auszuweisen sind, Franzosen und Belgiern der Zutritt zu den staatlichen Theatern, Museen und Kunstveranstaltungen aller Art untersagt wird, und den städtischen Behörden und Privatunternehmen zu empfehlen, in gleicher Weise vorzugehen.

Dresden. (Wer den Pfennig hat ge-ehrt, ist jetzt des Papier-Talers wert!) Händler und Private bieten, wie die „Dresdner Nachrichten“ berichten, in Dresden zurzeit für eine Mark in Kupfer dreihundert Mark in Papiergeld und mehr. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so krass wie bei dem teuren Kupfer ist die Wertvermehrung bei den gleichfalls kaum mehr zu sehenden Fünzigpfennigern aus Aluminium. Ein scharfer Dresdner Metallfabrikant hat herausgefunden, daß sich solche mattflarbene Plättchen recht gut zur preiswerten Verarbeitung für Gegenstände des täglichen Bedarfs eignen. Er läßt also durch Agenten diese Fünzig für 850 Mark das Stück aufkaufen, zahlt dem Vermittler für jede Münze sieben Mark und schickt sie durch eine Stanzmaschine, die mit einem einzigen Druck das Geldstück in einen sauber gerändelten Aluminium-Fingerhut verwandelt. Da der Erzeuger jedes Exemplar mit vierzehn Mark an den Großhandel abgibt, so ist das ein recht einträgliches Geschäft, um so mehr, als nur eine einzige Presse und eine Person zur Herstellung von vielen Tausenden von Fingerhüten am Tage notwendig ist.

Dresden. (Günstige Gelegenheit zu Geldanlagen.) Wie wir hören, bereitet der Freistaat Sachsen die Aufnahme von zwei großen Anleihen vor, welche insbesondere für den weiteren Ausbau der staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen bestimmt sind. Das Anleihegesetz hat bereits im Landtage die Ausschußberatung passiert und wird voraussichtlich Anfang nächster Woche verabschiedet werden. Die Anleihen sollen zu einem Teil in Form einer festen Markanleihe nach dem bisherigen Typ aufgelegt werden, jedoch mit einer Verzinsung von 8%, also zu einem Zinsfuß, wie er so günstig bei einer Anleihe vom Range einer sächsischen Staatsanleihe bisher nicht üblich war. Nach dem Zeichnungserfolg, den verschiedene Obligationen in letzter Zeit hatten, und nach der Bemerkung, die unsere früheren, weit niedriger verzinslichen sächsischen Staatsanleihen zurzeit an der Börse erfahren, ist mit einem großen Zeichnungserfolg zu rechnen. Dies wird insbesondere von der zugleich aufzuliegenden zweiten Anleihe zu gelten haben, die als wertbeständige Anleihe aufgenommen werden soll. Der Gedanke dieser neuen Obligationenform hat in der letzten Zeit weite Kreise gewonnen. Die Obligationen der ersten Art, die auf feste Markbeträge lauten, unterliegen wie alle Geldforderungen den Schwankungen des Geldwertes. Sie entwerten sich also mit der Entwertung des Geldes, sie gewinnen allerdings mit einem Wertzuwachs des Geldes ebenfalls an Wert. Bei der wertbeständigen Anleihe dagegen lautet die Schuldverschreibung nicht auf Geld, sondern auf eine stets in großer Menge vorhandene marktändige Ware. Die ersten Versuche dieser Art hatten den Wert von Roggen zugrunde gelegt. Gerade jetzt liegt eine Anleihe der sächsischen Landes Elektrizitäts-Versorgung zur Zeichnung auf, bei der die Kohle als Wertmesser dient. Auch die geplante sächsische wertbeständige Anleihe soll auf Kohle und zwar auf die in den eigenen staatlichen Werken gewonnene Braunkohle (Förderkohle der sächsischen Syndikatsgruppe) lauten. Wer eine derartige Schuldverschreibung erwirkt, zeichnet nicht einen bestimmten Markbetrag, sondern 25 oder 10 Tonnen Kohle und muß den zurzeit der Zeichnung geltenden Bahnabfahrpreis der gezeichneten Kohlenmenge einzahlen. Bei Fälligkeit erhält er nicht unter allen Umständen denselben Geldbetrag zurück, den er eingezahlt hat, sondern eine Summe, die dem zum Zeitpunkt der Rückzahlung geltenden Preis der gezeichneten Kohlenmenge entspricht. Er hat also die Gewähr, für den Betrag, den er hingibt, stets einen Betrag zurückzuverlangen, der die gleiche Kaufkraft verleiht. Die Verzinsung dieser Anleihe soll nach einem kombinierten System erfolgen, nämlich: einmal mit einem festen Zins gleich bleibenden Satz von 5% des eingezahlten Geldbetrages und außerdem mit einer Kohlenprämie, die dem jeweiligen Wert von 2% der verbrieften Kohlenmenge entspricht. Auch bei der Verzinsung ist also der Gläubiger der Gefahr der Geldentwertung nicht schuldig preisgegeben. — Die bisher ausgenommenen wertbeständigen Anleihen haben im Publikum das allergößte Interesse gefunden. Alle diejenigen Kreise, die an sich auf eine fest verzinsliche Anlage ihres Geldes Wert legen, die aber den Obligationen den Rücken gekehrt und sich den ihrer Rentabilität unsicheren Aktien zugewandt haben, weil sie in ihnen wenigstens einen Schwert zu heissen glauben, der der wachsenden Geldentwertung nach ihrer Meinung stand hält, werden mit Freude diese Gelegenheit ergreifen, sich wertbeständige Renten zu sichern. Insbesondere werden auch Vormünder diese Möglichkeit zur Anlage von Minderbeldern benutzen, um die Substanz des Minderbelders vor der Gefahr der Geldentwertung in Sicherheit zu bringen. Ueber die Einzelheiten der Anlage werden nach Verabschiedung des Gesetzes weitere Mitteilungen erfolgen.

Dresden. (Zum kommunistischen Vorstoß gegen die sächsische Regierung.) Zu dem Vorstoß der Kommunisten gegen die Regierung am Schluß der Landtags-Sitzung am Donnerstag teilt uns die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgendes mit: „Trotzdem der Landtag beschloffen hatte, daß die des Vereins- und Versammlungsrecht betreffenden Fragen in einer besonderen Sitzung des Landtags am 8. Februar behandelt werden sollten, hat der kommunistische Abgeordnete Siwert in der Donnerstag-Sitzung des Landtages scharfe Angriffe gegen Minister Lippisch gerichtet und beantragt, dem Minister das Vertrauen durch den Landtag zu entziehen. Sein Vorgehen stützte er auf Vorgänge in Dresden vom 18. Januar und auf die Wulle-Versammlung in Leipzig. Siwert bemängelte, daß in Dresden die Polizei nicht ordnungsgemäß gegen die schreienden Demonstrationen eingeschritten und daß in Leipzig trotz Verlangens der Kommunisten die Wulle-Versammlung nicht verboten worden sei. Demgegenüber ist festzuhalten, daß wegen der Vorgänge in Dresden eine Disziplinaruntersuchung schwebt, als deren bisheriges Ergebnis Oberleutnant Saube vorläufig seines Dienstes entbunden worden ist. Zu der Versammlung in Leipzig sei bemerkt, daß nach Art. 123 der Reichsverfassung alle Deutschen das Recht haben, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Dieses Recht ist eingeschränkt durch das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1923. Nach § 14 dieses Gesetzes können Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen verboten werden, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, die die Befolgung rechtfertigen, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die den Landbestand einer strafbaren Handlung im Sinne der §§ 1-8 des Schutzgesetzes darstellen. Ueber den Begriff

„bestimmte Tatsachen“ hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Entscheidungen gefällt, aus denen hervorgeht, daß ein Verbot nicht bloß auf Vermutungen gestützt werden darf und daß das Auftreten eines sich als Gegner der Republik bekennenden Redners in einer Versammlung allein noch nicht genügt, um die Versammlung zu verbieten. Die Versammlung dürfte auch nicht verboten werden, weil zu befürchten sei, daß Andersgesinnte sich hineinmischen könnten. Daraus geht hervor, daß die Wulle-Versammlung nicht verboten werden konnte, solange nicht der Nachweis gelang, daß diese Versammlung das Schutzgesetz für die Republik verletzen werde. Die Kommunisten haben Gegenversammlungen veranstaltet mit dem Zwecke, die Wulle-Versammlung zu verhindern. Sie haben auch eine Demonstration unter freiem Himmel gegen die Wulle-Versammlung angekündigt. Diese Demonstration und einen etwa geplanten Umzug der Teilnehmer an der Wulle-Versammlung, nicht aber die Versammlung in geschlossenen Räumen, hat der Polizeipräsident von Leipzig verboten. Sein Vorgehen war korrekt und gründete sich auf die Anwendung des Art. 123 der Reichsverfassung, nach dem Versammlungen unter freiem Himmel bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden können.

3. Sächsische Landwirtschaftliche Woche.

Dresden. (5. Tag.) Nach viertägiger, wissenschaftlicher, beruflicher Arbeit versammelten sich die zur 3. Landwirtschaftlichen Woche nach Dresden gekommenen Landwirte am Freitag mittag noch einmal zu einer impoanten, vom Sächsischen Landbunde einberufenen Versammlung im Fiskus Sarrafani. Das mächtige Fiskusgebäude war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die ehemaligen Hoftrumpeter eröffneten die Veranstaltung mit dem Blasen des Hieses „Das treue deutsche Herz.“ Darauf betrat der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, Landtagsabgeordneter Pagenstecher, das mit den sächsischen Landesfarben und dem Landbundeswappen (drei Ähren) geschmückte Podium und führte nach begrüßenden Worten an die Gäste und die Vertreter sämtlicher landwirtschaftlicher Vereinigungen und des Landarbeiterverbandes u. a. aus: Das deutsche Volk hat wie kein anderes Volk durch das Entgegenkommen in der Erfüllungspolitik den ehrlichen Willen zum Wollereifenden gezeigt; aber der schamlose Vertragsbruch und der dadurch offenbarte Vernichtungswille Frankreichs haben das deutsche Volk endlich zur nationalen Einigung zusammengeführt. Der Bauernschaft erwächst die Verpflichtung zu intensiver Produktion um unser Volk in seiner Ernährung vom Auslande unabhängig zu machen. Redner gedachte dann der beiden verstorbenen Kämpfer der sächsischen Landwirtschaft, General Dr. Wehnert und Deconomierat Schmidt, zu deren ehren- dem Gedächtnis sich die Versammlung erhoben, während die Hoftrumpeter „Ich hatt' einen Kameraden“ bliesen. Das Wort „Der König ist tot, es lebe der König!“ übertrug er und sagte: Gott gebe uns wieder einen König, der durch kräftige Hammerschläge uns zu nationaler Einheit zusammenführt! Unter großem Beifall erklärte der Redner dann, daß der Sächsische Landbund bereits über eine Million Mitglieder zähle und der Deutschösterreichische Landbund sich ihm angeschlossen habe. Mit ihrem Grusse an die brave Ruhrbevölkerung habe die Bauernschaft ihr unentgeltlich Lebensmittel zukommen lassen. Nach der Rede trat Frau Gramsch, Weihen, ein tiefempfundenes Gedicht „Ein deutsches Mahnwort“ vor. — Reichstagsabgeordneter Dr. Oberjochen führte u. a. aus: Der Vernichtungswille Frankreichs habe das Gegenteil erzeugt, was Poincaré wollte, die internationalen Verbandsideen scheiterten an deutschen Herz, deutschen Sinn, deutschen Gehirnen. Brüderrliche Grüße senden wir unseren Landleuten, die die gemeinsame Abtammung nicht verleugnen, sondern eine in der deutschen Geschichte einzig dastehende Würde wahren. Dant gebühre vor allem auch der Reichsregierung, die Stadt im Rückgrat besitze. Wir wollen uns aufrufen aus der Trauer und zu Taten nationaler Aufrichtung schreiten! Die deutsche Landwirtschaft will freudigen Herzens ihr Recht hingeben für ihr deutsches Volk, aber keinen Pfennig für die Reparationen. Wir warten auf das Reuigen der Tat. — Es sprach noch Abgeordneter Seidel, Müchwil, der Vorsitzende des Bundes junger Landwirte und ein Vertreter der Bauernhochschule. Im Schlußwort teilte Abgeordneter Pagenstecher noch mit, daß der Sächsische Landbund den Wert von 1000 Zentner Roggen der Reichsregierung für die Ruhrbevölkerung überwiesen habe. Dann wurde unter stürmischem Beifall folgende Entschlieung angenommen: Der Sächsische Landbund erhebt schärfsten Protest gegen den verbrecherischen Einbruch der französischen und belgischen Horden in friedliches deutsches Gebiet. Wir danken der Reichsregierung für ihr deutsches Verhalten und rufen dem Reichstagler zu: „Landgraf, bleibe hart!“ Unsere Brüder im Ruhrgebiet werden wir nach bester Kraft und mit freudigem Herzen unterstützen. Ihr mannhaftes Verhalten gibt uns die Hoffnung, daß ihr Kampf dem ganzen geliebten Vaterlande die baldige Befreiung von den Fesseln des Verfallers bringen möge. Haltet aus! — Zum Schluß erfolgte die Tausende und sangen stehend das Deutschlandlied. — Mit dieser eindrucksvollen Versammlung und vaterländischen Kundgebung fand die Grüne Woche der sächsischen Landwirte ihren harmonischen Ausklang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. Januar. („Ruhrhilfe!“) In dem vom Reichspräsidenten, der Reichsregierung und den Landesregierungen erlassenen Aufrufe zur Volksspende für das Ruhrgebiet heißt es: „Deutsche Volksgenossen! Im Frieden, entgegen den geschlossenen Verträgen, hat der französische Imperialismus das Ruhrgebiet, freies deutsches Land, mit militärischer Macht verzwängt. Was Deutschland erneut auferlegt wird, verlangt ein großes gemeinsames Volksoffer. Es geht um Deutschlands Dasein und Zukunft, um Recht und Freiheit des Volkes. Gebt deshalb zur deutschen Volksspende! Die aufgebrauchten Gelder werden von einem Vertrauensausschuß verwaltet, der unter dem Vorstehe des Reichstanzlers zusammentritt.“

In dem Aufrufe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Ruhrspende heißt es:

„Wir fordern Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sofort für diese Spende Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Die Spenden werden entgegengenommen von der Reichsbank, sämtlichen Banken und Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften unter der Bezeichnung „Ruhrhilfe, Abwehr des Einbruchs in das Ruhrgebiet“. Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie vorangehend Beiträge in Höhe des Vierfachen des von ihren Arbeitern und Angestellten bereitgestellten beitragen. Arbeitgeber, die im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung geringere Zahlen von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, werden gebeten, ihre Beiträge entsprechend zu erhöhen. Arbeiter, Angestellte und Beamte sollen vorerst als Spende den Verdienst einer Stunde opfern. Um die Gelder schnell und reibungslos bereitzustellen, wird empfohlen, entsprechenden Abzügen bei Lohn und Gehalt zuzustimmen.“

Der Aufruf ist von den Organisationen unterzeichnet, die die gesamte deutsche Wirtschaft repräsentieren. — In einem dritten Aufruf, der von denselben Organisationen ausgeht, wird gegen die Preistreibe Stellung genommen und u. a. erklärt:

„Die Folgen des Rechtsbruchs an der Ruhr haben sich in einer weiteren starken Entwertung der Mark ausgedrückt. Diese

Entwertung entspricht nicht der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands. Infolgedessen besteht kein Anlaß, der Entwertung des Dollarkurses in der Preisbildung in Landwirtschaft, Handel und Industrie überhastet zu folgen oder gar ihr voranzustreben. Diese Zurückhaltung erwarten wir von allen beteiligten Kreisen und wünschen vielmehr, die Preisentwicklung trotz der ungünstigen Währungsfrage mit allen Mitteln, auch unter Opfern, in erträglichen Grenzen zu halten. Da indessen den Preissteigerungen eine entsprechende Festsetzung der Löhne und Gehälter folgen muß, sollen die Verhandlungen darüber von der Arbeitgeberseite mit dem Willen zum Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze, von der Arbeiterschaft in Anerkennung der schwierigen Lage geführt werden, die sich aus der gesamten Lage Deutschlands auch für seine eigene Wirtschaft ergeben hat oder noch ergeben wird.“

München, 26. Jan. (Belagerungszustand in Bayern.) Das Gesamtministerium des Freistaates Bayern erklärt heute Abend folgende Bekanntmachung für das reichsrechtliche Bayern: „Der Druck der Feinde auf Deutschland veranlaßt zurzeit die Zusammenfassung aller Kräfte zur Abwehr. Jetzt ist nicht Zeit zu politischen Auseinandersetzungen, durch die die Gefahr von Zusammenstößen unter Deutschen heraufbeschwört werden. Den Führern der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wurde daher eröffnet, daß unter diesen Umständen anläßlich ihres Parteitagess Versammlungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. Sie lehnten die Berücksichtigung dieser Anordnung ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt entgegengetreten werde. Damit hat die nationalsozialistische Arbeiterpartei den Boden der Verfassung verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angelegt. Um allen Störungen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, zu begegnen, hat daher die Staatsregierung beschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen. Sie erwartet von allen Staatsbürgern die genaueste Beachtung der bestehenden Gesetze und der Anordnungen, die die Aufstellung eines Generalstaatskommissariats vorsehen, zu dem der Innenminister Dr. Schönerer bestellt ist. Außerdem werden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit besondere Beauftragte der Regierung bestellt, und zwar die Regierungspräsidenten für ihre Regierungsbezirke und die Polizeipräsidenten in den großen Städten.“

— (Belagerungszustand in Trier.) Infolge der Aufweisungen von 10 Beamten durch französische Behörden fand in Trier ein Proteststreik aller Arbeitnehmereine patriotische Kundgebung statt. Ein französisches Kavallerieregiment benutzte dies zu Angriffen auf die Menge. Die Demonstrationen setzten sich jedoch bis tief in die Nacht hinein fort. Ueber Trier wurde der Belagerungszustand verhängt. Der Verkehr ruht.

— (Kinder mord durch französische Offiziere.) Die ersten blutigen Opfer des völlerrechtswidrigen Einfalls Frankreichs und Belgiens in das Ruhrgebiet genügen der glorreichen Armee des Herrn Poincaré noch nicht. In Essen haben die französischen Offiziere für sich von der Stadterwaltung täglich je 5 Liter Milch gefordert. Diese Forderung bedeutet nichts anderes als Kinder mord durch die französischen Offiziere, da die Milchversorgung der Essener Bevölkerung schon ohnehin so trostlos ist, so daß bereits jetzt alle über zwei Jahre alten Kinder überhaupt keine Vollmilch mehr erhalten. Auf die energischen Vorstellungen der Essener Stadterwaltung hin beschränkten sich dann die französischen Offiziere auf die Forderung von täglich 50 Blanco Milchmarken, mögen auch darüber deutsche Kinder elendiglich zugrunde gehen.

Deutscher Reichstag.

Die Finanzkatastrophe.

Die außerdeutsche Teilnahme an dem schweren Ungemach der heimlichen Ruhrbesetzung dauert an. Am Donnerstag konnte Reichspräsident Ebbé von einer Reihe von Kundgebungen herzlicher Sympathie Mitteilung machen. Sie stammen vornehmlich aus österröichischen Landtagen, sodann auch von den deutschen Abgeordneten (Südtirolern) des italienischen Parlaments, und erweckten große Begegnung. Die große Einführungsbereitschaft des Reichstags für 1923 hielt sodann, nachdem kleinere Vorlagen schnell angenommen waren, der Reichsfinanzminister Dr. Heremes. Er befand sich in schwieriger Situation. Die Zahlen, die er in dem Voranschlag des Etats im Herbst vorigen Jahres niedergeschrieben hatte, sind bereits überholt, so daß der Voranschlag eigentlich nur noch die Bedeutung eines Programms hat. Mit 73 Milliarden waren die Einnahmen und Ausgaben des Reiches angelegt worden, nunmehr aber stellt sich heraus, daß allein der ordentliche Etat eine Gesamtausgabe von 32 Billionen ausmacht, denen ginstigsten Falls an Gesamteinnahmen der Betrag von 2 Billionen gegenübersteht. Es klofft also allein im ordentlichen Etat ein Defizit von über 1 Billion, und es ist nicht abzusehen, wie die Folgen der verbrecherischen Ruhrbesetzung sich für die Reichsfinanzen auswirken werden. An Ersparnissen ist wohl das Mögliche geleistet worden und es wird mit diesem Bestreben fortgefahren werden. Aber was will das im Grenzen im Verfolg der Ruhrbesetzung? Wir treiben nicht nur in der Staatswirtschaft, sondern auch in der Privatwirtschaft den unheilvollsten Zustand entgegen. Der Minister legte dar, was das Ruhrkohlengebiet, diese wirtschaftliche Herzkammer, für uns nach dem Verlust Obereschleifens und der Entziehung der Saarkohle bedeutet. Es besteht die Gefahr, daß der ganze Mehrgewinn des Ruhrgebietes und damit das Hauptorgan unseres Wirtschaftslebens ins Stocken gerät. Und ferner läßt sich das Maß der nachteiligen Rückwirkung auf das deutsche Finanzwesen noch nicht entfernt absehen. Der Minister kündigte eine größere Kreditforderung zur Befreiung der wirtschaftlichen Schäden durch die Ruhrbesetzung an. Und daneben halte man die Behauptung Poincarés, er wolle Deutschland zu Reformen veranlassen, und die Mark zu stabilisieren. Das ausbrechende Gelächter der Abgeordneten war da nur allzu berechtigt. Nun zeichnete der Minister ein erschütterndes Bild der Leiden der Bewohner des Ruhrgebietes und der zunehmenden Entbehrungen des deutschen Volkes in den unbefestigten Landesteilen. Stürmische Entrüstung, die sich in Pfuirufen entlud, durchwogte das Haus. Die Einschränkung aller Luxusausgaben soll nun gesetzlich in Angriff genommen werden.

Ach, wenn nur auf der anderen Seite erreicht werden könnte, daß der beängstigenden Verelendung des Volkes, namentlich der Jugend, Einhalt geschieht! Unsere Kinder sind in Gefahr! Und niemand sonst trägt an unserm völkischen Ruin die Schuld als die Gewaltpolitik der Franzosen! Das nagelte der Minister unter stürmischen Zustimmung des Hauses fest und mit größter Entschiedenheit wies er die französische Behauptung zurück, daß Deutschland den Sturz der Mark selbst verschuldet habe. Klar und blühend bezeichnete er als einzige Möglichkeit in der traurigen Lage Deutschlands den festen Willen der Gesamtheit zu entschlossenem Widerstand, damit einmal gründlich